

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

[Dank für Beantwortung]

der Beteiligungsbericht zu den Jahren 2004 stand heute schon einmal auf der Tagesordnung. Er ist hier im Zusammenhang mit der Einrichtung des Medizinischen Versorgungszentrums nochmals von Bedeutung. Für den Eigenbetrieb Kreiskrankenhäuser enthält der Beteiligungsbericht eine strategische Bestandsaufnahme (S.129). Nach dem Scheitern jeglicher Chancen auf Kooperation oder Fusion mit anderen Krankenhäusern fällt sie ernüchternd aus, man denke vor allem an das Ende der Gespräche mit dem St.Rochus-Krankenhaus in Dieburg. Der strategische Blick richtet sich fast zwangsläufig auf freiwerdende Arztpraxen mit kassenärztlicher Zulassung und damit auf die "Einrichtung des Kooperationspartners", der uns fehlt, und zwar hier in Form des Medizinischen Versorgungszentrums. Es ist die einzige derzeit erkennbare Chance, unsere Strukturen in die Fläche zu erweitern und zugleich die abgesunkenen Fallzahlen - per Saldo käme man nach der Vorlage auf ein Plus von 500 Fällen - wieder zu erhöhen. Die Zahl der stationären Patienten kann sich letztlich nur erhöhen, wenn die Zahl der Facharztüberweisungen z.B. durch das MVG zunehmen würde.

Es wurde deutlich, dass die Kreiskliniken, genauer: der Eigenbetrieb, das Medizinische Versorgungszentrum selbst nicht gründen kann, sondern eine GmbH-Lösung gewählt werden muss. Die nicht gerade einfachen Fragen zur Haftung und zur Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft sind inzwischen durch die geänderte Vorlage beantwortet. Der Eigenbetrieb erwirbt mit den 360.000 Euro vom Kreis die Kv-

Zulassung, die später - ab 2008 - auf die Tochtergesellschaft in GmbH-Form "Medizinisches Versorgungszentrum" übergeht.

Die Fragen unserer Fraktion richten sich aber auch auf die weitergehenden Folgekosten des Medizinischen Versorgungszentrums, die auch der Beteiligungsbericht aufwirft. Dort heißt es (S. 134): "Zusätzlich wird zu beurteilen sein, ob die Betriebsmittellage der Kreiskliniken GmbH ausreichend ist, um ein solches medizinisches Versorgungszentrum zu betreiben". Dazu gehören auch unsere Fragen nach der räumlichen Unterbringung (von zwei Standorten, Reinheim und Groß-Umstadt, ist die Rede), den Miet- und Investitionskosten sowie dem Grad der ärztlichen Versorgung in den Disziplinen (Anästhesie, Chirurgie, Radiologie), in denen die KV-Zulassungen erworben werden sollen. Diese Aspekte betreffen allesamt die Überlegung, welche Voraussetzungen möglichst positiv erfüllt sein müssen, damit insbesondere die Prognosen zur "Rentabilität" der Praxisübernahmen und zur Fallzahlensteigerung auch tatsächlich eintreten. Die Fragen sind auch berechtigt, wenn man den Hintergrund sieht:

- welche besonderen haushalts- und gesellschaftsrechtlichen Wege wir gehen müssen,
- dass die KV-Zulassungen beim Eigenbetrieb zunächst quasi "geparkt" werden, bis die das MVZ als Tochter der Kreiskliniken GmbH gegründet ist und
- welche Defizite auch in den Folgejahren zu verzeichnen sein werden.

Für die Praxis in Reinheim wissen wir bereits durch die mündliche Beantwortung im Ausschuss, dass der bisherige Überschuss die Mietkosten in etwa decken und die Abschreibungen auf den Firmenwert der Arztpraxis erwirtschaften würden.

*Weitere Bewertung Antworten*

Von einem neu gegründeten MVZ muss erwartet werden können, dass es sich wie eine gutgehende Gemeinschaftspraxis selbst trägt.

Laufende Verhandlungen können natürlich ein Grund sein, bestimmte Detailzahlen derzeit nicht zu nennen, da an dem erfolgreichen Abschluss der Praxiskäufe natürlich auch der wirtschaftliche Erfolg der MVZ-Gründung hängt. Wir erwarten allerdings, dass nach dem heutigen Tag der Beschlussfassung die von uns erwünschten betriebswirtschaftlichen Daten insbesondere in der Betriebskommission nachgereicht werden, sobald die Verhandlungen über die Praxisübernahmen abgeschlossen sind.